

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Was tun gegen vorschnelle Krankenhauseinweisungen von Pflegeheimbewohnern? - Konsequenzen aus der Studie "Hospitalisierung und Notaufnahmebesuche von Pflegeheimbewohnern" (HOMERN)

Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen werden zu häufig in Notaufnahmen und Krankenhäusern behandelt. Zu dieser Auffassung kommt die aktuelle Studie „Hospitalisierung und Notaufnahmebesuche von Pflegeheimbewohnern“ (HOMERN). In dem Forschungsprojekt wurden über einen Zeitraum von zwölf Monaten Krankenhaustransporte von etwa 700 Bewohnerinnen und Bewohnern aus 14 Pflegeeinrichtungen in der Metropolregion Bremen/Oldenburg systematisch erfasst und analysiert. Zudem wurde die Perspektive der Beteiligten (Pflegekräfte, Hausärztinnen und Hausärzte, Rettungsdienstpersonal) durch Interviews und Befragungen erhoben. Im September 2019 wurden die Ergebnisse an der Universität Bremen vorgestellt und in der Fachwelt diskutiert. Die wissenschaftliche Tagung stand unter dem bezeichnenden Titel: „Krankenhausaufenthalte von Pflegeheimbewohnern – Nur weil keiner die Verantwortung übernehmen wollte?“.

Die Wissenschaft gelangt im Ergebnis der Studie zu der Auffassung, dass es bei den zu häufigen Entscheidungen für Krankenhauseinweisungen ein strukturelles Problem gäbe. Oftmals beeinflussen Ängste vor rechtlichen Konsequenzen die Entscheidung der Pflegekräfte. Die Einbeziehung von Ärzten in die Entscheidung bleibt häufig aus. Und auch weitere Handelnde, die den Notruf entgegennehmen, entscheiden sich im Zweifel für die Alarmierung des Rettungswagens. Da dieser für Leerfahrten nicht bezahlt wird, werden pflegebedürftige Heimbewohnerinnen und Heimbewohner fast immer mitgenommen. Die Wissenschaft spricht von einem „Automatismus“, aus dem Wege herausführen müssen. Zudem wird ein genereller Mangel in der Kommunikation und Kooperation von Heimen und Ärzteschaft festgestellt. In der Hälfte aller Einweisungsfälle wurde der Haus- oder Notarzt nicht informiert. Auch hier fehle es an strukturierter Zusammenarbeit im Interesse und zum Wohle der Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen. Die Studie ermittelt im statistischen Mittel einen Wert von 0,78 Transportereignissen pro Bewohnerin und Bewohner. Es handelt sich hierbei also keineswegs um ein Randthema.

Wir fragen den Senat:

1. Liegen dem Senat neben den Ergebnissen der HOMERN-Studie weitere Erkenntnisse aus Wissenschaft oder Praxis zur Thematik vor? Wenn ja, welche?

2. Welche Belastungen für Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen und für ihre Angehörigen sieht der Senat bei zu schnellen Krankenhauseinweisungen?
3. Sieht der Senat nach der Veröffentlichung der Ergebnisse dieser Studie Handlungsbedarf in den Altenpflegeeinrichtungen Bremens, um pflegebedürftige Menschen vor unnötigen Krankenhauseinweisungen zu schützen?
4. Welche Alternativen zur derzeitigen Einweisungspraxis sind anzustreben und wie kann politisch auf die gewünschten Veränderungen hingewirkt werden?
5. Wo liegt nach Auffassung des Senats die Verantwortung für die Entscheidung zum Krankenhaustransfer und wie wird diese nach Einschätzung des Senats wahrgenommen?
6. Wie plant der Senat die strukturellen Mängel und die Mängel in der Kommunikation möglichst weitgehend zu beseitigen und welchen Zeitrahmen hat sich der Senat dafür gesteckt?
7. Welche Aufgabe kommt dabei der Wohn- und Betreuungsaufsicht zu?
8. Hat der Senat Erkenntnisse dazu, ob die beschriebene Vorgehensweise – besonders an den Wochenenden - im Zusammenhang mit Fachkräfte- oder Personal-mangel steht? Wenn nein, welche Erkenntnisse hat der Senat zu den Gründen für unnötige Krankenhauseinweisungen?
9. Wie lässt sich aus Sicht des Senats die notwendige Kommunikation und Kooperation zwischen Heim und Haus- oder Notärzten und den Betroffenen und ihren Angehörigen zum Wohle und im Interesse der Pflegebedürftigen verbessern?
10. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um zu weniger Transporten in Krankenhäuser zu kommen, die wegen einer sonst teuren Leerfahrt des Rettungswagens veranlasst werden?

Sigrid Grönert, Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU